



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

10. November 2003

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 Karsten D. Voigt *Essay*

Macht, Souveränität und Herrschaft des Rechts –
neue Herausforderungen an die transatlantischen
Beziehungen

7 Ernst-Otto Czempel

Die stolpernde Weltmacht

16 Karl-Heinz Kamp

Die Zukunft der deutsch-amerikanischen
Sicherheitspartnerschaft

23 Michael Minkenberg

Die Christliche Rechte und die amerikanische Politik
von der ersten bis zur zweiten Bush-Administration

33 Alexandra Homolar-Riechmann

Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung
Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks

41 Michael Hennes

Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA

B 46/2003

Michael Hennes

Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA

Nach einem Bonmot des früheren US-Präsidenten Calvin Coolidge dreht sich in den USA alles ums Geschäft: „Chief business of the American people is business.“¹ Wirtschaftliche Interessen in den USA haben eine große Bedeutung für die amerikanische Außenpolitik. So diente der Krieg im Irak nicht zuletzt dem Interesse an einer gesicherten Erdölversorgung zu stabilen Preisen. Und das Muskelspiel der Supermacht dient auch einem neuen Militärisch-Industriellen Komplex in den USA. In seiner Abschiedsrede warnte Präsident Dwight D. Eisenhower 1961 vor einem „militärisch-industriellen Komplex“, der mit dem Kalten Krieg herangewachsen sei. Eine Interessenverbindung aus Berufsoffizieren und Rüstungsindustrie erstreckte ihren Einfluss auf alle Städte, Parlamente und Bundesbehörden im Land.² „Während der Jahre meiner Präsidentschaft und insbesondere in den späteren Jahren verspürte ich immer mehr Unbehagen über die Wirkung der gewaltigen Militärausgaben in Friedenszeiten auf die Nation“, schrieb Eisenhower später in seinen Memoiren.³

Wäre die nationale Sicherheit der USA der einzige Grund für die Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft, dann hätte das Ende des Kalten Kriegs zu einer nachhaltigen Abrüstung führen müssen. Seit der Zeitenwende von 1989/90 ist keine Macht der Erde den Vereinigten Staaten auch nur entfernt ebenbürtig. Eine „Friedensdividende“ wäre das Gebot der Stunde. Tatsächlich senkte Präsident Bill Clinton nach seinem Amtsantritt 1993 den Verteidigungshaushalt und leitete in den Folgejahren viele Milliarden in die Schuldenreduzierung um. In der amerikanischen Rüstungsindustrie vollzog sich angesichts der sinkenden Aufträge aus dem Pentagon eine Welle von Fusionen. Dann stand der Militärisch-Industrielle Komplex plötzlich wie Phönix aus der Asche wieder auf. Im Oktober 1999 beschloss der US-Kongress erstmals wieder eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Eine Woche später warf

der Vorstandsvorsitzende des Rüstungskonzerns General Dynamics, Nicholas D. Chabraja, der Clinton-Administration vor, durch Einsparungen bei der Rüstungsbeschaffung die Streitkräfte demoralisiert und die nationale Sicherheit gefährdet zu haben. Die erstmalige Erhöhung der Verteidigungsausgaben wollte er zu einer Trendwende umdeuten: „Es ist nur ein Anfang. Aber es ist eine Verpflichtung, die unsere Unterstützung verdient. Nicht nur in diesem Jahr – sondern im nächsten Jahr und in allen weiteren Jahren vor uns.“⁴ Die Unterstützung ließ nicht lange auf sich warten.

Die Architekten des neuen Rüstungsbooms

Donald H. Rumsfeld und Richard B. Cheney gehörten 1997 zu den Gründern des „Project for the New American Century“, eines exklusiven Kreises von Neokonservativen in der Republikanischen Partei. Der Politikerkreis forderte die Regierung Clinton in öffentlichen Briefen zu einer entschlosseneren Führung in der Weltpolitik und zur Erhöhung der Militärausgaben auf.⁵ Dabei stand die Supermacht vor keinen neuen Herausforderungen wie noch in den Jahren des Kalten Kriegs. Die eigentlichen Adressaten der Erklärungen saßen denn auch im Militärisch-Industriellen Komplex. Dort wurden die Zeichen der Zeit verstanden. In seiner Wahlkampagne 2000 übernahm George W. Bush die Forderung nach einer neuen Aufrüstungswelle und ernannte „Dick“ Cheney zu seinem *running mate*. In einer Neuaufgabe der *Reaganomics* versprach Kandidat Bush, gleichzeitig die Steuern zu senken und die Militärausgaben zu erhöhen. Die Wirtschaft belohnte sein Programm mit üppigen Spenden. Über 100 Millionen US-Dollar füllten die Wahlkampfkasse des George W. Bush, mehr als bei irgendeinem Kandidaten zuvor in der Geschichte amerikanischer Präsidenten-

1 Zit. in: Donald R. McCoy, Calvin Coolidge, in: Henry F. Graff (Hrsg.), *The Presidents*, New York 1996, S. 406.

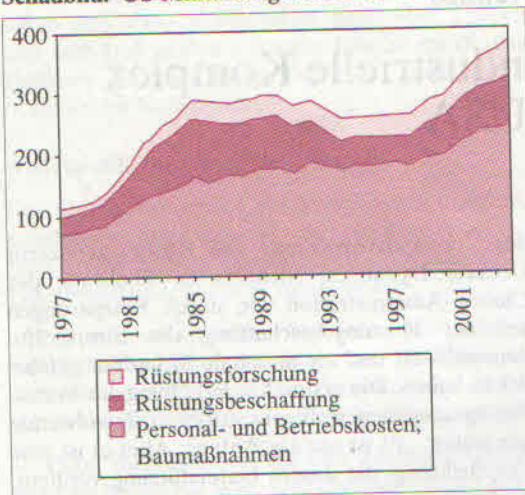
2 Vgl. Dwight D. Eisenhower, *Farewell Radio and Television Address to the American People*, 17. 1. 1961, in: *Public Papers of the Presidents of the United States*, Dwight D. Eisenhower, 1960–61, Washington, D.C. 1961, S. 1038.

3 Ders., *The White House Years*, Bd. 2: 1956–1961, New York 1965, S. 614.

4 Nicholas D. Chabraja, Rede vor dem Economic Club of Washington, 14. 10. 1999 (www.economicclub.org/pages/archive/fulltext/arch-chabraja.htm).

5 Vgl. Project for The New American Century, *Statement of Principles*, Washington, D.C., 3. 6. 1997.

Schaubild: US-Militärausgaben 1977–2004



Quelle: Office of Management and Budget, The Budget for Fiscal Year 2004, Washington, D.C. 2003, Tabelle 5.1., S. 81–84; eig. Grafik.

schaftswahlen.⁶ Mit dem Geld aus der Wirtschaft gewann er die Wahl und trieb den Militärhaushalt umgehend auf neue Rekordhöhen.

Im Jahr 2002 bestritten die Vereinigten Staaten alleine bereits 43 Prozent der weltweiten Militärausgaben⁷ und bewegen sich gegenwärtig auf die Fünfzig-Prozent-Marke zu. Das neue Haushaltsjahr 2004 sieht für das Pentagon Ausgaben in Höhe von 368,2 Milliarden US-Dollar vor, die aufgrund der Kosten der Nachkriegsbesetzung im Irak weiter steigen werden. Am stärksten wachsen hierbei wie seinerzeit unter Präsident Ronald Reagan die Ausgaben für Rüstungsbeschaffung und Rüstungsforschung an (vgl. das *Schaubild*). Seit dem Amtsantritt der Bush-Administration fließen jedes Jahr im Durchschnitt zehn Prozent mehr in neue Waffensysteme, im Haushaltsjahr 2004 werden es über 136 Milliarden US-Dollar sein.⁸

Richard Cheney und Donald Rumsfeld sind die Architekten des neuen Rüstungsbooms. Beide sind seit über drei Jahrzehnten ein Team in der Politik und bewegen sich zwischen den Führungsetagen der Politik, des Militärs und der Industrie

⁶ Vgl. Edwin Chen/Maura Reynolds, Bush Starts Loading Record War Chest for '04 Campaign, in: Los Angeles Times vom 17. 6. 2003, S. A12; Thomas B. Edsall/Mike Allen, Bush Bundlers Take Fundraising to New Level, in: Washington Post vom 14. 7. 2003, S. A1, A11.

⁷ Vgl. Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI Yearbook 2003: Armaments, Disarmament and International Security, Stockholm 2003, Anhang 10a.

⁸ Vgl. Office of Management and Budget, The Budget for Fiscal Year 2004, Washington, D.C. 2003, Tab. 5.1, S. 83f.; Dan Morgan, House Clears \$368 Billion for Pentagon, in: Washington Post vom 25. 9. 2003, S. A2.

hin und her. Rumsfeld wechselte als ehemaliger NATO-Botschafter, Stabschef im Weißen Haus und Verteidigungsminister 1977 in die Wirtschaft. Als Vorstandsvorsitzender des angeschlagenen Pharmakonzerns G.D. Searle & Co sanierte er das Unternehmen und häufte bis Ende der achtziger Jahre ein Vermögen von über 200 Millionen US-Dollar an. Fortan bereitete er sein politisches Comeback vor und leistete Wahlkampfspenden für George W. Bush in Texas. Bereits 1974 hatte Rumsfeld dafür gesorgt, dass sein Juniorpartner Dick Cheney aus dem Kongress in den Stab des Weißen Hauses geholt wurde. Der heutige Vizepräsident der USA bewegte sich seither ebenfalls zwischen den Chefetagen von Politik, Militär und Big Business hin und her.

Dick Cheney wechselte 1989 aus dem Repräsentantenhaus in das Amt des Verteidigungsministers und 1993 von der Spitze des Pentagon in die Führungsetagen der Wirtschaft. Fünf Jahre lang leitete er als Vorstandsvorsitzender den texanischen Erdöldienstleister Halliburton, der von der Bush-Administration zum Hauptauftragnehmer für den Wiederaufbau im Irak gemacht worden ist (aktuelles Auftragsvolumen: über zwei Milliarden US-Dollar). Der Vizepräsident bezieht von Halliburton immer noch über 150 000 US-Dollar pro Jahr aus Abschiedsgeldern und Aktienoptionen. Dass die Bush-Administration Interessenpolitik im Dienste der Erdölindustrie betreibt, ist mittlerweile weithin bekannt. Die massiven Interessen der Rüstungsindustrie werden bislang übersehen.

Direkte Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie

Als Chef des Pentagon zeichnet Donald Rumsfeld seit seinem Amtsantritt im Februar 2001 die Milliardenaufträge an die Rüstungsindustrie ab und schleust sie durch den Kongress, in dem die Republikaner in den vier maßgeblichen Ausschüssen die Mehrheit der Abgeordneten stellen. Die interne Planung und Budgetierung der Programme vollzieht sich weitgehend im Verborgenen, denn die Details militärischer Projekte stehen bis zur endgültigen Einführung der Waffensysteme unter Geheimhaltung. Nur bei gelegentlichen Skandalen dringen Details an das Licht der Öffentlichkeit. Minister Rumsfeld führt sein Amt von der ersten Stunde an als ein Modernisierer, der die Digitalisierung der US-Streitkräfte auf allen Ebenen vorantreibt. Die US-Streitkräfte werden komplett von den Satelliten im Weltall bis hinunter zu den Fußsoldaten vor der Bergfestung Tora Bora miteinander über Computersysteme vernetzt. Parallel dazu